

1. Sitzung

am Montag, dem 20. Oktober 2008, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches.....	3	Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/2)	
Eröffnung der 16. Wahlperiode		und	
Alterspräsidentin Barbara Rütting.....	3	Antrag der Abg. Franz Maget, Harald Güller, Johanna Werner-Muggendorfer u. Fraktion (SPD)	
Bestellung vorläufiger Schriftführer.....	3	Änderungen bei der Übernahme der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/3)	
Nachruf auf Senatspräsident a. D. und ehemaligen Abgeordneten		und	
Dr. Hans Weiß	3	Antrag der Abg. Martin Zeil, Tobias Thalhammer u. Fraktion (FDP), Georg Schmid, Thomas Kreuzer u. Fraktion (CSU), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Feststellung der Beschlussfähigkeit (Namensliste als Anlage)	5	Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/4)	
Genehmigung der Tagesordnung		und	
Franz Maget (SPD).....	5 6	Antrag der Abg. Georg Schmid, Thomas Kreuzer u. Fraktion (CSU), Martin Zeil, Tobias Thalhammer u. Fraktion (FDP), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Georg Schmid (CSU).....	6	Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/5)	
Hubert Aiwanger (FW).....	7	Thomas Kreuzer (CSU).....	9
Margarete Bause (GRÜNE).....	7	Harald Güller (SPD).....	9 11
Martin Zeil (FDP).....	8	Hubert Aiwanger (FW).....	12
Beschluss zur Durchführung einer Sondersitzung noch in der laufenden (43.) Kalenderwoche	8	Ulrike Gote (GRÜNE).....	12
Übernahme der bisherigen Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag		Martin Zeil (FDP).....	14
hierzu:		Franz Schindler (SPD).....	15
Antrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Fraktion (Freie Wähler)		Beschlüsse zu den Anträgen 16/1 mit 16/5.....	15
Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/1)		Beschluss zur Übernahme der Geschäftsordnung	16
und			
Antrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Fraktion (Freie Wähler)			

Wahl der Präsidentin

Georg Schmid (CSU).....	16
Barbara Stamm (CSU).....	17

Wahl des Ersten Vizepräsidenten

Georg Schmid (CSU).....	19
Reinhold Bocklet (CSU).....	20

Wahl des Zweiten Vizepräsidenten

Franz Maget (SPD).....	20
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD).....	20

Wahl des Dritten Vizepräsidenten

Hubert Aiwanger (FW).....	20
Peter Meyer (FW).....	21

Wahl der Vierten Vizepräsidentin

Margarete Bause (GRÜNE).....	21
Christine Stahl (GRÜNE).....	21

Wahl des Fünften Vizepräsidenten

Martin Zeil (FDP).....	22
Jörg Rohde (FDP).....	22

Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer

Reserl Sem (CSU).....	23
Sylvia Stierstorfer (CSU).....	23
Walter Nadler (CSU).....	23
Christa Steiger (SPD).....	23

Beschluss..... 23

Schluss der Sitzung..... 23

(Beginn: 15.04 Uhr)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne laut § 2 Absatz 2 der bisherigen Geschäftsordnung die erste Vollsitzung des 16. Bayerischen Landtags und ernenne die beiden jüngsten Mitglieder, Herrn Tobias Thalhammer und Herrn Ludwig Hartmann, zu vorläufigen Schriftführern. Bitte, meine Herren, wo sind Sie? - Sie kommen noch.

Mein herzlicher Gruß gilt den zahlreichen Ehrengästen, die der heutigen Sitzung beiwohnen. Ich begrüße den bisherigen Landtagspräsidenten Herrn Alois Glück gemeinsam mit seiner Frau

(Allgemeiner Beifall)

sowie die ehemaligen Vizepräsidenten von Landtag und Senat.

Herzlich willkommen heiße ich Herrn Bundesminister Horst Seehofer.

(Allgemeiner Beifall)

Er muss heute noch auf der Besuchertribüne Platz nehmen.

(Franz Maget (SPD): Das nächste Mal auch noch!)

Ebenso begrüße ich dort Frau Bundesministerin a. D. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Herrn Dr. Karl Huber.

(Allgemeiner Beifall)

Ich danke Herrn Bischof Dr. Walter Mixa und Herrn Landesbischof Dr. Johannes Friedrich für die Worte der Besinnung beim Ökumenischen Gottesdienst und heiße sie zusammen mit den anderen Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Weiter begrüße ich die Repräsentanten des Diplomatischen Corps.

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich, die Abgeordneten des neu gewählten Bayerischen Landtags begrüßen zu können, besonders auch die 77 Kolleginnen und Kollegen, die erstmals ein Landtagsmandat übernommen haben.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viele weitere Gäste zu begrüßen; ich denke, Sie haben Verständnis, wenn ich nicht alle namentlich nennen kann. Ich schließe Sie alle damit in meinen Willkommensgruß ein.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, eines ehemaligen Kollegen zu gedenken und sich dazu von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

In der Nacht auf vergangenen Freitag verstarb der frühere Präsident des Bayerischen Senats, Herr Dr. Hans Weiß, im Alter von 88 Jahren. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1966 bis 1970 als Abgeordneter des damaligen Stimmkreisverbandes Bad Kissingen-Stadt und -Land, Bad Neustadt an der Saale an. Dr. Hans Weiß war einer der dienstältesten Oberbürgermeister von Bayern. 32 Jahre lang leitete er die Geschicke der Stadt Bad Kissingen. Außerdem war er von 1954 bis 1966 Präsident des Bezirkstags von Unterfranken. Danach wurde er in den Bayerischen Landtag gewählt. 1972 folgte sein Wechsel in den Bayerischen Senat, dessen Mitglied er bis 1993 war. Er vertrat darin die Gruppe "Gemeinden und Gemeindeverbände". 1982 trat er das Amt des Präsidenten an. Der Bayerische Landtag wird Senatspräsident a. D. Dr. Hans Weiß ein ehrendes Gedenken bewahren. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum zweiten Mal habe ich als Alterspräsidentin den Bayerischen Landtag zu eröffnen. Es ist immer noch niemand älter als ich.

(Heiterkeit)

Wie ich höre, bin ich sogar die älteste Abgeordnete in der Bundesrepublik und kann mich dennoch oder gerade deshalb über eine hohe persönliche Zustimmung seitens der Bevölkerung freuen. Ich möchte den Alten Mut machen, dass sie nicht zum alten Eisen gehören; die Alten werden gebraucht, ebenso wie die Jungen. Nur gemeinsam können wir es schaffen, diese Welt ein bisschen menschlicher zu machen. Darum freue ich mich sehr, dass ich heute die beiden jüngsten Abgeordneten an meiner Seite habe, gleich zwei schöne junge Männer.

(Heiterkeit)

Der Alterspräsident bzw. in meinem Fall die Alterspräsidentin ist eine Art Eintagsfliege. Sie hat bei Beginn einer neuen Legislaturperiode den Landtag zu eröffnen, und das war es dann auch schon: keine Kutsche, kein

Dienstwagen. Das würde sich auch nicht lohnen für diesen einen Tag; denn in den folgenden fünf Jahren hat sie nichts mehr zu sagen. Es sei denn, Landtagspräsident und sämtliche Vizepräsidenten würden gleichzeitig dahingerafft, zum Beispiel von der Vogelgrippe,

(Heiterkeit)

dann dürfte die Alterspräsidentin den Landtag leiten. Die Chancen stehen gleich null, zumal das Parlament dieses Mal um etliche Vizepräsidenten bereichert wird.

(Franz Maget (SPD): Das ist das Problem! Das macht es nicht leichter!)

Dennoch hat dieses Amt einen entscheidenden Vorteil: Der Alterspräsidentin müssen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zuhören, ob Sie wollen oder nicht. Allerdings steht es Ihnen frei, verehrtester Herr Kollege Georg Schmid, meine Rede hinterher in einer Pressemitteilung zu korrigieren.

Damit kommen wir schon zum entscheidenden Unterschied zu meiner ersten Amtszeit als Alterspräsidentin: Es sieht hier heute etwas anders aus als vor fünf Jahren. Der Landtag hat sich verändert und - wie ich persönlich finde - zum Vorteil für die Demokratie.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern, den GRÜNEN und bei der FDP)

Wir haben mit den Freien Wählern und der FDP zwei neue Fraktionen im Landtag und sind damit zum Fünf-Parteien-Parlament angewachsen. In dem Fall darf man schon das strapazierte Wort "historisches Ereignis" anwenden.

Ich meine, der Landtag des Jahres 2008 ist bunter und vielfältiger geworden. Ich freue mich darauf, wenn wir daraus neue Dynamik für unsere gemeinsame Arbeit schöpfen können. Lassen Sie es uns doch als Chance begreifen, wenn wir künftig nicht nur wegen der Platzverhältnisse in unserem altherwürdigen Maximilianeum alle enger zusammenrücken müssen.

Jede politische Idee braucht künftig Bündnispartner. Ich sehe daher in der neuen Konstellation eine Einladung an alle, mehr Mut zum Miteinander an den Tag zu legen. Ein kluger Kopf hat gesagt: "Demokratie ist, wenn man den anderen ausreden lässt. Toleranz ist, wenn man dabei auch noch zuhört." Das wäre doch ein guter Tipp für unsere Sitzungen. Ich wünsche mir deshalb, dass wir die Botschaft unserer Wählerinnen und Wähler auch als Aufbruch dahingehend begreifen, uns gegenseitig besser zuzuhören und gemeinsam Lösungen für die Zukunft zu entwickeln.

Vielleicht könnte in diesem neuen Miteinander auch ein Signal an die Bürgerinnen und Bürger liegen. Immer mehr Menschen fühlen sich von den ritualisierten Grabenkämpfen abgestoßen und sind verdrossen darüber, dass sich die Politik häufig nur noch um sich selbst zu drehen scheint. Besucher, insbesondere Schülergruppen, äußern sich oft entsetzt über den Umgang der Abgeordneten miteinander, den sie hier erleben, wenn sie an Ausschuss- oder Plenarsitzungen teilnehmen, etwa Unaufmerksamkeit der Abgeordneten, die sich - ich zitiere - unterhalten, Zeitung lesen, SMS schicken oder ihr Geld zählen, anstatt den Rednern zuzuhören.

(Heiterkeit)

So haben es mir Schülergruppen beschrieben.

Ich war selbst erschrocken, als ich 2003 als absolute Quereinsteigerin meine ersten Schwimmversuche im Haifischbecken "Politik" unternommen habe. Zwei Dinge hatte ich mir vorgenommen: kein Ellenbogen-Mensch zu werden, wie das angeblich in der Politik zu sein hat, und weder verbittert noch resigniert zu werden. Ich denke, beides ist mir gelungen. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass ich nach einigen, wieder einmal aus Wettbewerbsgründen - vor allem im Tierschutz - abgelehnten Anträgen in meinem Büro gesessen und gedacht habe: Es ist sinnlos, ich gebe mein Mandat zurück und engagiere mich wieder außerparlamentarisch.

Wie Sie sehen, habe ich nicht aufgegeben, sondern durchgehalten, und ich bin heute froh darüber. Und es ist schön, wieder hier zu sein. Ich wünsche deshalb gerade den neuen Abgeordneten, die heute zum ersten Mal hier im Plenum sitzen, dass sie sich nicht nur das Feuer für die eigenen Überzeugungen bewahren, sondern auch den Respekt gegenüber den guten Ideen der Anderen.

Uns allen aber wünsche ich, dass wir den Menschen wieder stärker vermitteln können, wofür und für wen wir uns hier einsetzen. Ich kann wohl für uns alle sprechen, wenn ich sage, wir alle sind hier angetreten, weil wir die Hoffnung und den Drang haben, für die Menschen etwas zu verändern, ihnen Sicherheit zu geben und Ihnen Perspektiven zu eröffnen. Gerade jetzt, in Zeiten der globalen Finanzkrise, haben viele Menschen Angst, im Strudel der entfesselten Märkte mitgerissen zu werden. Das Vertrauen in die vermeintliche Allmacht des ökonomischen Denkens ist mit Recht zutiefst erschüttert. Aber in diesen Zeiten erleben wir zweierlei: Plötzlich wird die Politik wieder als Partnerin des Menschen erlebt und erfährt der Staat als verlässlicher Ordnungsrahmen eine unerwartete Renaissance. Gleichzeitig müssen wir erkennen, wie eng unsere Welt mittlerweile zusammengerückt ist und dass es uns eben nicht egal sein kann, wenn in Manhattan oder Tokyo ein Paket

Aktien umfällt oder eine Bank kollabiert. Ich möchte daraus für uns zwei Gedanken formulieren: Wenn wir wollen und wenn wir uns trauen, können wir - die Politikerinnen und Politiker - tatsächlich handeln und uns in all den Wirren als Gestaltungskraft zum Wohle der Menschen beweisen. Wenn wir wollen und wenn wir uns trauen, können wir aber auch aus den Erkenntnissen der Finanzkrise das Leitmotiv für andere globale Probleme ziehen. Ich zitiere aus der "Süddeutschen Zeitung", die in ihrer Wochenendausgabe geschrieben hat: "Zur Rettung unserer Konten würden wir zig Milliarden an Steuern bezahlen. Warum", so fragt der Autor, "retten wir nicht unsere Erde?"

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden in den kommenden Jahren hier im Bayerischen Landtag für viele Probleme eine Lösung finden müssen: Probleme in der Bildung, Probleme im Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutz sowie in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, mögen unsere Ansichten auch noch so unterschiedlich sein.

Ich möchte daher mit meinem Lieblingzitat schließen: "Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist." Das hat Ben Gurion gesagt. Und Ben Gurion hat immerhin einen neuen Staat, den Staat Israel, gegründet. Das wäre doch ein schönes Leitmotiv für die kommende Legislaturperiode: "Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist." Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich lasse nun, wie es § 2 Absatz 2 der bisherigen Geschäftsordnung entspricht, die Beschlussfähigkeit des Hauses durch Aufruf der Namen der gewählten Damen und Herren Abgeordneten feststellen. Zur Beschlussfähigkeit des Landtags ist nach Artikel 23 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung die Anwesenheit der Mehrheit seiner Mitglieder erforderlich. Ich bitte alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen, jeweils mit einem deutlichen Ja auf ihren Namensaufruf zu antworten. Den Schriftführer zu meinen Rechten, Herrn Kollegen Tobias Thalhammer bitte ich, am Redepult mit dem Aufruf der Namen der Kolleginnen und Kollegen zu beginnen.

(Folgt Namensaufruf)

Ich danke dem Schriftführer und stelle fest, dass von den 187 Mitgliedern des Landtags offensichtlich alle anwesend sind. Damit darf ich die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses feststellen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Genehmigung der Tagesordnung

Hierzu wurde vonseiten der SPD-Fraktion das Wort gewünscht. Herr Kollege Maget, bitte.

Franz Maget (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beantrage namens der SPD-Fraktion, die Tagesordnung so zu gestalten, dass über einen Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion befunden werden kann. Wir möchten dem Hohen Haus vorschlagen, noch in dieser Woche zusammenzutreten, um über die aktuelle Situation bei der Bayerischen Landesbank zu beraten. Wir halten eine solche Sitzung für erforderlich, ehe ein neuer Ministerpräsident gewählt wird. Wir halten sie vor allem auch im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen, die in dieser Woche stattfinden, für erforderlich.

Die Bayerische Landesbank - wenn ich das in ganz wenigen Sätzen begründen darf - befindet sich in einer dramatischen Situation. Über dieses Thema wurde hier bereits häufig diskutiert. Immer wieder wurde aber leider auch die Lage schönegeredet. Es wurde verharmlost und die tatsächliche Situation totgeschwiegen. Erst hieß es, nennenswerte Verluste seien nicht zu beklagen. Dann hieß es, die Bank könne sich zweifelsfrei selbst in dieser Situation helfen. Später hieß es dann, eine finanzielle Hilfe seitens des Freistaates Bayern sei sicher nicht erforderlich. Dann hieß es: Na ja, ein Risikoschirm wird wohl aufgespannt werden müssen, aber auch das ist nicht dramatisch; er wird ja keinesfalls in Anspruch genommen werden, zumindest nicht in dieser Höhe. Wir haben diesen Darstellungen nie Glauben geschenkt.

Dass die Situation aber so dramatisch ist, wie sie in den letzten Stunden bekannt wurde, das übersteigt allerdings noch um vieles unsere schlimmsten Befürchtungen. Was wir jetzt erleben ist ein Offenbarungseid der staatlichen Kontrolle über die Bayerische Landesbank.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur der angesprochene Risikoschirm vonseiten des Freistaates Bayern in Höhe von 4,8 Milliarden Euro wird notwendig sein - gespeist durch den Freistaat Bayern aus seinem Staatshaushalt und zur anderen Hälfte von unseren Kommunen und den kommunalen Sparkassen. Nicht nur dieser Risikoschirm in Höhe von sage und schreibe 4,8 Milliarden Euro wird notwendig sein. Darüber hinaus wird ausgerechnet der Freistaat Bayern das erste Land sein, das für unsere Landesbank das Rettungspaket des Bundes in Anspruch nehmen wird. Ich halte das für eine desaströse und für die CSU-Staatsregierung mehr als peinliche schlimme Situation - vor allem für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Es ist in Wahrheit eine Katastrophe für die Bank mit dramatischen Auswirkungen auf die kommunalen Sparkassen - mehr noch auf den bayerischen Staatshaushalt. Ich verstehe, dass angesichts dieser Zahlen Koalitionsverhandlungen unterbrochen werden. Wer mag sich schon in ein solches Boot mit hineinsetzen, von dem man nicht weiß, wie groß die Löcher tatsächlich sind. Ich würde aber Wert darauf legen, dass nicht nur - -

(Thomas Kreuzer (CSU): Reden Sie zur Sache, Herr Maget!)

- Ich denke, Herr Kollege Kreuzer, die Situation ist ernsthaft und ich denke, ich spreche sehr wohl zur Sache.

Nicht nur ein Koalitionspartner, Herr Kollege Kreuzer, hat Anspruch darauf zu wissen, welche Haushaltsrisiken sich angesichts solcher Zahlen identifizieren lassen. Einen solchen Anspruch hat der gesamte Bayerische Landtag.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deswegen habe ich von dieser Stelle aus schon bei der Sitzung des Zwischenausschusses gesagt: Jetzt wird es endlich Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen und ehrlich sowie umfassend darzulegen, wie die Situation bei der Bayerischen Landesbank tatsächlich ist und diesen Bericht hier wahrheitsgemäß zu geben, und zwar - ich sage das dazu - endlich wahrheitsgemäß, um rechtzeitig zu wissen, welche Auswirkungen die Situation haben kann.

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Herr Maget, wir stimmen jetzt zur Tagesordnung ab, und die Frage müsste jetzt gestellt - -

(Thomas Kreuzer (CSU): Er spricht die ganze Zeit von etwas anderem!)

Franz Maget (SPD): Ich kann mit meiner Begründung gerne zum Ende kommen. Deswegen muss, bevor eine neue Regierung gebildet wird, klar sein, in welcher Weise es trotz dieser dramatischen Situation mit Auswirkungen auf die Haushaltssituation möglich sein wird, Bildung besser zu finanzieren, Kinderbetreuung besser zu finanzieren und die gewünschten - -

(Zurufe von der CSU - Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme gleich zum Ende. Wir wollen wissen, welche Auswirkungen das auf die Finanzierbarkeit wichtiger Staatsaufgaben hat.

Ich glaube auch - wenn ich das noch zum Abschluss anfügen darf -, dass nach einem solchen Bericht ganz deutlich gemacht werden muss, dass diese Minister und Staatssekretäre, die bisher Verantwortung in der Bayerischen Staatsregierung getragen haben und mit der Kontrolle der Landesbank beauftragt waren, angesichts ihres Versagens einem neuen Kabinett im Freistaat Bayern keinesfalls weiter angehören dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich glaube, auch das muss in einer solchen Situation und bei einer solchen Diskussion beraten werden können.

Ich habe gehört, dass Bereitschaft besteht, diesem Vorschlag der SPD zuzustimmen.

(Zuruf der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

- Ja, Frau Kollegin Stamm, das hätten Sie in der Tat selbst machen können. Es war aber wie beim Zwischenausschuss: Das Parlament wird erst dann unterrichtet, wenn wir das beantragen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn es nicht mehr anders geht!)

Ich bitte doch herzlich darum, dass die Information des Hohen Hauses künftig anders erfolgt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es besteht nämlich - dieses gestatten Sie mir als letzten Satz - nicht nur ein Recht der Opposition, Information zu bekommen, sondern es besteht auch eine Pflicht der Regierung und der Mehrheitsfraktion, Informationen zu geben. Ich bitte darum, das wenigstens in Zukunft so zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Um das Wort hat Herr Georg Schmid gebeten, bitte schön.

Georg Schmid (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Situation auf den Finanzmärkten hat es letzte Woche erforderlich gemacht, dass wir uns im Zwischenausschuss getroffen haben, um über aktuelle Maßnahmen zu diskutieren. Im Rückblick glaube ich, dass das eine gute und informative Diskussion gewesen ist, in der wir sehr wohl alle Argumente abgewogen und beleuchtet haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie haben nichts zu den Milliardenverlusten gesagt!)

- Herr Kollege Dr. Dürr, Sie haben auch in dieser Periode nichts dazugelernt, es geht so weiter wie in der Vergangenheit.

(Beifall bei der CSU)

Aufgrund der aktuellen Situation und Entwicklung ist es notwendig, dass wir uns in dieser Woche mit dem Thema Landesbank noch einmal intensiv beschäftigen, sodass ich Ihnen zusagen kann, dass wir dem Antrag sehr wohl zustimmen werden, und es damit in dieser Woche zu einer Diskussion zu diesem Thema kommt. Der Donnerstagnachmittag ist unter dem Gesichtspunkt der Vorbereitung wohl der richtige Zeitpunkt.

Lieber Kollege Maget, Sie sollten eigentlich nur zur Tagesordnung und zur Geschäftsordnung sprechen. Eines sollten wir an dieser Stelle nicht tun, wenn es Ihnen um Informationen geht, wie Sie gesagt haben, die wir dringend brauchen, weil der Freistaat Bayern als Miteigentümer in einer besonderen Verpflichtung und Verantwortung steht - dann sollten Sie nicht an dieses Rednerpult treten und eine Argumentation vortragen, bevor Sie diese Information überhaupt haben!

(Widerspruch bei der SPD)

Wir wollen über dieses Thema in aller Ruhe diskutieren, wie es sich in diesem Hause gehört. Sie hätten heute ein gutes Beispiel geben und zeigen können, dass es auch Ihnen darum geht, dass wir zuerst valide Informationen brauchen, um dann - auch in der gebotenen Deutlichkeit - miteinander strittig diskutieren zu können. Ich jedenfalls halte es für den richtigen Weg, dass wir zunächst am Donnerstag die Informationen erhalten und dann dieses Thema hier im Parlament, wie es sich gehört, miteinander diskutieren.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FW): Verehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Landesbank war von Anfang an nicht von Transparenz begleitet. Insofern ist es mit Sicherheit richtig, dass sich der Landtag jetzt diesem Thema widmet. Mich wundert schon, dass erst Koalitionsverhandlungen abgebrochen werden müssen und dann übermorgen die ganz großen Enthüllungen von Sachverhalten herauskommen, die vor zwei Tagen noch nicht bekannt waren. Wir werden die nächsten fünf Jahre mit dem Thema Landesbank beschäftigt sein. Das wird die Handlungsfähigkeit der Entscheidungsträger hier massiv betreffen. Deshalb ist diese

Aussprache dringend nötig. Deshalb wird es in Zukunft auch notwendig sein, diese Informationen nicht erst dann herauswickeln zu lassen, wenn es gar nicht mehr anders geht, sondern die Leute rechtzeitig zu informieren. Ich bin davon überzeugt: Wenn der Wille dazu da wäre, hätte das schon eher geschehen können.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei der SPD)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Es hat sich Margarete Bause zu Wort gemeldet.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen diesen Antrag auf Einberufung einer Sondersitzung. Ich muss Ihnen aber sagen: Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass wir praktisch jede Woche eine Sondersitzung gegen die Regierung durchsetzen müssen, die monatelang nicht in der Lage war, uns die richtigen Zahlen auf den Tisch zu legen, welche die Wahrheit nicht sagt, die hinhält, die alles Mögliche erzählt wie noch letzte Woche im Zwischenausschuss, die keine konkreten Zahlen nennen konnte. Dann, oh Wunder, heißt es in den Koalitionsverhandlungen, dass die Zahlen offenbar weit dramatischer sind, als Sie, Herr Huber, in der Lage waren, diesem Parlament offenzulegen. Das halte ich für nicht hinnehmbar, und damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist keine Gnade, wenn Sie das Parlament unterrichten, sondern es ist unser Recht als gewählte Parlamentarier und Parlamentarierinnen, Auskunft über die grundsätzlichen Risiken für den Landeshaushalt zu bekommen, weil das die Grundlage der politischen Gestaltung von uns allen in den nächsten fünf Jahren sein wird. Deswegen wären Sie schon längst in der Pflicht gewesen, uns diese Zahlen klipp und klar auf den Tisch zu legen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen reicht es uns nicht - so sehr wir das begrüßen -, dass jetzt endlich einmal Bewegung in die Sache kommt und die bisherige Abwiegungs- und Hinhaltspolitik nicht mehr funktioniert. Es reicht nicht aus, wenn diese Information in den Koalitionsverhandlungen intern gegeben wird. Diese Information muss dem Landtag und der Öffentlichkeit gegeben werden. Damit wir nicht jede Woche wieder Sondersitzungen beantragen müssen, werden wir GRÜNE ein parlamentarisches Kontrollgremium beantragen, das in Zukunft bis zur Abwicklung des Fonds das Parlament laufend und umfassend über die Risiken bei der Bayern LB, über die Belastungen bei der Bayern LB und über die Inan-

spruchnahme der Hilfen durch den Stabilisierungsfonds des Bundes informiert, damit dieses Parlament ständig auf dem Laufenden ist. Wir werden diesen Antrag in der nächsten Woche stellen. Wir bitten Sie um Unterstützung, damit die Desinformationspolitik des Finanzministers auf Abruf, die wir in den letzten Wochen und Monaten erleben mussten, endlich ein Ende hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Um das Wort hat Kollege Zeil gebeten.

Martin Zeil (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir trotz des Ernstes des Anlasses dieser Debatte eine Vorbemerkung.

(Zurufe: Mikrofon einschalten!)

- Wissen Sie, im Bundestag geht das automatisch, aber wir packen das schon.

(Zurufe von allen Seiten des Hauses - Glocke der Alterspräsidentin)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß gar nicht, was Sie so erheitert. Wenn das schon so einfache Dinge sind, ist das, glaube ich, der Situation auch nicht angemessen.

Erlauben Sie also bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Vorbemerkung. Wir als liberale Fraktion freuen uns ganz besonders, heute mit Ihnen diesen Landtag beginnen zu können. Für uns ist es natürlich eine historische Stunde, dass wir nach so langer Zeit wieder hier im Landtag mitwirken können. Darauf freuen wir uns. Gestatten Sie mir zu sagen: Ein Parlament ohne Liberale ist einfach nicht komplett, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Das haben wir aber nicht bemerkt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin froh über den Antrag der SPD-Fraktion. Denn in der Tat müssen wir uns mit diesem Thema in diesem Hause beschäftigen. Herr Kollege Maget, es ist keine Frage von Regierung und Opposition, sondern es ist ein Anspruch des gesamten Parlaments, hier Klarheit zu bekommen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und bei den Freien Wählern)

Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen, weil wir der Meinung sind: Es braucht nun unmissverständliche Klarheit für uns alle.

(Beifall bei der FDP)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Ich darf davon ausgehen, dass dem Antrag allgemein zugestimmt wird, und schlage vor, über den Antrag der SPD-Fraktion, noch diese Woche eine Sondersitzung des Landtags einzuberufen, sofort abzustimmen. Besteht damit Einverständnis? - Offensichtlich ja. Das ist der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer mit der beantragten Einberufung einer Sondersitzung des Landtages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist dem Antrag entsprochen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Übernahme der bisherigen Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

Nach Artikel 20 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung gibt sich der Landtag eine Geschäftsordnung. Dementsprechend hat der Landtag bisher stets in seiner konstituierenden Sitzung darüber Beschluss gefasst, ob die bisherige Geschäftsordnung übernommen werden soll.

In die Beratung einbezogen werden:

Antrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Fraktion (Freie Wähler)

Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/1)

Antrag der Abg. Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger u. Fraktion (Freie Wähler)

Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/2)

Antrag der Abg. Franz Maget, Harald Güller, Johanna Werner-Muggendorfer u. Fraktion (SPD)

Änderungen bei der Übernahme der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/3)

Antrag der Abg. Martin Zeil, Tobias Thalhammer u. Fraktion (FDP),

Georg Schmid, Thomas Kreuzer u. Fraktion (CSU), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/4)

**Antrag der Abg. Georg Schmid, Thomas Kreuzer u. Fraktion (CSU),
Martin Zeil, Tobias Thalhammer u. Fraktion (FDP),
Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 16/5)

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? - Herr Kreuzer, bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Alterspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Geschäftsordnung aufgrund der veränderten Zusammensetzung des Bayerischen Landtags in vielen verschiedenen Punkten einer Überarbeitung bedarf. Wir in diesem Haus haben es bisher immer so gehalten, dass sich die Fraktionen miteinander besprochen und in aller Regel auch Geschäftsordnungsfragen einvernehmlich geregelt haben. Dies will ich auch in dieser Periode wieder so halten, obwohl wir mehr Gesprächspartner sind als früher. Deshalb haben wir uns bei den Änderungsanträgen auf das beschränkt, was wir heute brauchen. Denn wir müssen heute das Präsidium bestimmen. Wir haben uns nicht daran gemacht, einen großen Änderungsantrag einzubringen, weil dies dazu geführt hätte, dass wir aufgrund der Knappheit der Zeit nicht mehr miteinander hätten sprechen können.

Wir bringen diese zwei Anträge gemeinsam mit der FDP und den GRÜNEN ein. Zum einen geht es dabei darum, ein neues Präsidium zu wählen. Ich mache aus der Meinung der CSU keinen Hehl, dass es aus unserer Sicht auch genügt hätte, mit einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten weiterzumachen wie in den vorausgegangenen Sitzungsperioden. Aber wir haben festgestellt, dass die kleinen Fraktionen ebenfalls im Präsidium sein wollen. Diesen Wunsch haben wir mit diesem Antrag auch akzeptiert, sodass es künftig neben dem Präsidenten fünf weitere Präsidenten geben wird.

Wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht und vorgeschlagen, dass sich die Reihenfolge der weiteren Präsidenten nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen nach § 6 unserer Geschäftsordnung richtet. Bei den anderen zwei Fraktionen haben wir damit Zustimmung gefunden. Dies kann natürlich theoretisch auch anders geregelt werden. Ich bin aber der Überzeugung, dass diese Regelung zum Ersten sinnvoll und zum Zweiten ohne jeden Zweifel verfassungsmäßig und rechtmäßig ist und jeder Überprüfung standhalten wird.

Wir haben so vereinbart, dass wir versuchen werden, zu erreichen, dass es aufgrund der Mehrung der Positionen zu keiner weiteren Kostenexplosion kommen wird, nachdem der Erste Vizepräsident eine herausgehobene Position hat. Dies werden wir aber in den nächsten Tagen und Wochen zusammen mit der Frau Präsidentin vereinbaren.

Der zweite Antrag, den diese drei Fraktionen ebenfalls stellen, geht davon aus, dass wir die Geschäftsordnung dahingehend ändern, dass wir das Verfahren nach d'Hondt ablösen. Es gibt zwei Alternativverfahren, die sich insgesamt, das muss man ganz klar sagen, relativ ähnlich sind, nämlich das Verfahren Sainte-Laguë/Schepers und das Verfahren Hare-Niemeyer. Es sind nur relativ geringe Unterschiede, und wir haben uns für das erste entschieden. Wir haben den Antrag deshalb so eingebracht. Ich bitte deshalb die Freien Wähler um Verständnis - Sie haben das andere Verfahren beantragt -, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können. Es ist aber aus meiner Sicht zumindest für diejenigen Gremien, um die es geht, ohne praktische Konsequenz, ob wir das eine oder andere Verfahren wählen.

Genauso müssen wir den Antrag der SPD ablehnen. Er sieht eine andere Reihenfolge bei den Präsidenten vor. Im Übrigen will er eine deutliche Unterscheidung zwischen dem Ersten und Zweiten Stellvertreter und den weiteren Stellvertretern treffen. Das gefällt uns von der Wortwahl und von der Betrachtung der Wertigkeit der Vizepräsidenten her nicht. Bei uns herrscht hier eine relative Gleichwertigkeit bei den weiteren Positionen.

(Lachen bei der SPD)

- Ja, Herr Kollege Güller, lesen Sie Ihren Antrag einmal durch! Sie bestimmen zunächst Schriftführer, dann einen Ersten und Zweiten Vizepräsidenten und die anderen drei dürfen dann auch noch Vizepräsidenten machen. So liest sich das im SPD-Antrag. Dies gefällt uns schon von der Wortwahl her nicht. Wir werden den Antrag daher ablehnen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu unseren beiden Anträgen, die wir zusammen mit der FDP und den GRÜNEN eingebracht haben. Ich bitte Sie, die anderen Anträge abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Ums Wort hat gebeten Herr Güller. - Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ganz so, wie Kollege Kreuzer es dargestellt hat, ist es ja nicht: Wir übernehmen nicht eine Geschäftsordnung, die im letzten Parlament unumstritten miteinander vereinbart wurde. Wir übernehmen vielmehr eine Geschäftsordnung, die am Ende der letz-

ten Legislaturperiode auf Diktat der CSU-Mehrheit hier gegen den Willen der GRÜNEN und gegen den Willen der SPD durchgesetzt wurde. Wir haben schon damals am Ende der letzten Legislaturperiode, liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf hingewiesen, dass es besser wäre, wenn die Geschäftsordnung am Anfang der neuen Legislaturperiode zwischen den dann im Parlament vertretenen Parteien vereinbart würde.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genauso wollen wir das!)

Dies galt damals umso mehr, Herr Kollege Kreuzer, als absehbar war, dass die CSU hohe Verluste würde hinnehmen müssen und es höchstwahrscheinlich war, dass weitere Parteien in den Landtag einziehen würden. Ich sage Ihnen ein Beispiel, an dem sich zeigt, wie falsch es ist, diese Geschäftsordnung heute so zu übernehmen. Denken Sie an die Ministerbefragung. Kein konkret benannter Minister kann nach dieser Geschäftsordnung befragt werden, und insbesondere der Ministerpräsident steht unter dem Schutz der von der CSU verabschiedeten Geschäftsordnung. Er kann nämlich nicht per Ministerbefragung befragt werden. Wir sagen, es wäre richtig und gut, wenn das Parlament bestimmen kann, welcher Minister konkret befragt wird und dass auch der Ministerpräsident persönlich befragt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir in den kommenden Wochen durchzusetzen versuchen.

Im Übrigen stelle ich fest, dass in den vergangenen Wochen CSU und FDP der geregelten Organisation der Abläufe in diesem Parlament relativ wenig Bedeutung beigemessen haben. Es ging nur um die Schaffung von neuen Posten. Es ist schon interessant, wenn sich CSU und FDP in den Koalitionsverhandlungen - nicht in Verhandlungen mit den anderen in diesem Haus vertretenen Fraktionen - gleich noch über die Besetzung aller Positionen im Parlament vereinbaren wollen und neben dem ersten und zweiten Vizepräsidenten - und damals ohne Rücksprache mit den anderen Fraktionen - fünf Vizepräsidenten in die Geschäftsordnung hineinschreiben wollen.

Ich sage hier generell - Herr Kreuzer, es ist in Ihren Ausführungen auch darum gegangen -, es geht um die Mehrkosten dieser Positionen. Hierzu sagen Sie bisher nur völlig nebulös, es soll nicht mehr kosten. Wenn wir das ernst nehmen - fünf Vizepräsidenten sollen nicht mehr kosten als heute Präsident und zwei Vizepräsidenten -, dann wäre es angemessen gewesen, mit allen Fraktionen in diesem Hause Gespräche zu führen und sich konkret zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD)

Hier bleiben Sie aber völlig nebulös, wie auch die FDP. Das sagt schon ein wenig darüber aus, dass es hier doch mehr um die Versorgungsmentalität der neuen Fraktion der FDP gegangen ist als um eine sachgerechte Organisation der Abläufe in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich sage klar: Wir als SPD stellen uns nicht dagegen, dass jede Fraktion hier im Hause an der Leitung der Sitzung und an der Vertretung des Parlaments nach außen beteiligt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Lieber Herr Kollege Dürr, ich würde empfehlen: Bevor Sie dazwischenbrüllen, würde ich mir das Protokoll der ersten Sitzung der letzten Legislaturperiode durchlesen, wo Kollege Franz Schindler ausgeführt hat, dass wir dem Antrag der GRÜNEN auf Schaffung eines zusätzlichen Vizepräsidenten zustimmen werden. Wir haben das auch in der Abstimmung so getan. Ich stelle fest, die SPD-Fraktion hat in der letzten Legislaturperiode genau das gefordert, nämlich ein Grundmandat für Vizepräsidenten in diesem Hause.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Lieber Herr Kollege Dürr, erst lesen, dann reden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns heißt aber die Entscheidung für zusätzliche Vizepräsidenten, dass vorher - vorher! - geregelt ist, wie viel das kostet und wie die Ausstattung ist. Für uns gelten dabei drei Punkte:

Erstens, zur Amtsausstattung. Es muss die zur Wahrnehmung der Aufgaben notwendige Amtsausstattung gewährleistet sein. Das heißt für uns selbstverständlich, dass der Präsidentin ein eigenes Sekretariat zur Verfügung steht. Das heißt aber auch, dass die restliche Personalausstattung, ob das nun Redenschreiber sind, ob das weitere Sekretariatstätigkeiten sind oder ob das Fahrer sind, dass die weiteren Positionen in einen Pool gegeben werden müssen, und zwar von der Präsidentin und den fünf Vizepräsidenten, und je nach Notwendigkeit bei der Wahrnehmung der Aufgaben als Vizepräsident oder Präsident abgerufen werden können.

(Beifall bei der SPD)

Das zum Thema Amtsausstattung.

Zweitens, zum Thema Entschädigung. Bisher heißt es, der Präsident oder die Präsidentin bekommt eine zusätzliche Diät und die beiden Vizepräsidenten erhalten

jeweils noch eine halbe Diät. Wir sind der Auffassung, dass wir dieses Geld auch weiterhin insgesamt ausgeben sollten, aber nach dem Willen des Hauses verteilt auf die Präsidentin und fünf Vizepräsidenten - also keine Aufstockung des Geldes, sondern Aufteilung der bisherigen Kosten auf die jetzt sechs Positionen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Mit hineingenommen werden in die Diskussion kann und muss die Einsparung aus der Abschaffung der Anrechnung der zusätzlichen Diäten. Bisher ist es so, dass sich die zusätzliche Diät sowohl bei der Präsidentin als auch bei den Vizepräsidenten bei der Altersversorgung auswirkt. Ich sage - und das sage ich nicht zum ersten Mal, das habe ich auch schon in Diskussionen in der vorletzten Legislaturperiode gesagt -, es ist nicht nachvollziehbar, dass diese Entschädigung auch noch ruhegehaltstauglich ist. Darüber müssen wir diskutieren, und es wäre Zeit gewesen, darüber zu diskutieren, bevor Sie Ihren Antrag heute hier einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Also: Erstens. Notwendige Arbeitsausstattung: Ja. Zweitens. Angemessene - ich betone: angemessene - Entschädigung: Ja. Drittens. Zusätzliche Altersversorgung aufgrund dieses Einkommens: Nein. Das ist die Position der SPD-Fraktion bei den Gesprächen in den nächsten Wochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Kreuzer, wir stellen uns insbesondere gegen die willkürliche Gestaltung des Präsidiums. Da waren CSU und FDP flott beieinander beim Verbiegen der Verfassung bis hin zur Verfassungswidrigkeit. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, gerade von Ihnen als selbsternannte Verfassungspartei hätte ich an dieser Stelle etwas mehr erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Es ist und bleibt so, dass das Präsidium ein Organ mit Präsident, Vizepräsidenten und Schriftführern ist. Dieses Organ hat dem Wahlergebnis und der Zusammensetzung dieses Hauses spiegelbildlich zu entsprechen. Dies gilt auch für die einzelnen Positionen, und so war es in der Konsequenz in allen bisherigen Legislaturperioden geregelt.

Die Posten des Präsidenten und der Vizepräsidenten werden nach dem Mehrheitsverhältnissen aufgeteilt. Das letzte Mal ging man nach d'Hondt vor, und dieses Mal, je nachdem, wie die Abstimmungen ausgehen, wird man nach Hare-Niemeyer oder Schepers vorgehen. So wurden dann die Posten des Präsidenten und der Vizepräsidenten das letzte Mal aufgeteilt. Das bedeutet dieses Mal, den ersten Zugriff auf den Präsi-

den hat die CSU, egal, welches Verfahren angewendet wird, ob Hare-Niemeyer oder Schepers. Den ersten Zugriff bei den Vizepräsidenten hat die größte Oppositionspartei, also die SPD. Den zweiten Zugriff hat die CSU, und dann kommen weitere drei Vizepräsidenten.

Wir haben in unserem Antrag deutlich gemacht, dass alle Vizepräsidenten die gleiche Wertigkeit haben. Wir wollen folgenden Fehler vermeiden, den Sie machen: Sie schaffen aus willkürlichen Gründen zwei Arten von Vizepräsidenten, nämlich den ersten und zweiten Vizepräsidenten und dann die etwas weniger wertigen dritten, vierten und fünften Vizepräsidenten, die gleichzeitig noch Schriftführer sind. So steht es in Ihrem Antrag, der von der CSU, der FDP und erstaunlicherweise auch von den GRÜNEN unterstützt wird.

Diese willkürliche Regelung dient nur dazu, die FDP mit dem Posten eines Vizepräsidenten zu bedienen und gleichzeitig für die CSU die Amtsausstattung des Ersten Vizepräsidenten nicht einzubüßen oder gekürzt zu bekommen. Ich sage Ihnen, mit dieser willkürlichen Aufteilung ist eindeutig die Grenze der Verfassungswidrigkeit überschritten.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dies in den nächsten Wochen gegebenenfalls vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof überprüfen lassen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU und bei der FDP)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten?

Harald Güller (SPD): Ich weiß schon, dass Ihnen das weh tut.

(Thomas Kreuzer (CSU): Es fragt sich bloß, wem!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten Sie den Antrag von CSU und FDP annehmen, könnten wir der gesamten Geschäftsordnung leider nicht zustimmen. Herr Kollege Bocklet, die SPD-Fraktion wird aus diesem Grund und nicht aus einem persönlichen Grund gegen Sie - das betone ich ganz besonders - die Wahl des Ersten Vizepräsidenten nicht unterstützen, wenn er von der CSU vorgeschlagen werden sollte.

Ich sage noch etwas zum Auszählverfahren. Es ist uns letztlich egal, ob Hare-Niemeyer oder Sainte-Laguë/Schepers angewandt wird. Beide Verfahren bilden die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause einigermaßen angemessen ab. Die SPD-Fraktion hat auch in der letzten Legislaturperiode - Kollege Dürr, lesen Sie es bitte

im Protokoll nach - dem Antrag der GRÜNEN auf Auszählung nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zugestimmt. Deshalb werden wir auch in dieser Legislaturperiode diesem Verfahren zustimmen.

Bei den Nuancen der beiden Verfahren ist allerdings interessant, warum man sich jetzt auf das neue, auch in den bayerischen Gemeinden kaum praktizierte Verfahren nach Schepers einigt. Dafür gibt es einen ganz einfachen Grund: Das Verfahren ist ein klein bißchen positiver für die CSU, und damit ist die FDP der CSU bei den Verhandlungen entgegengekommen. Bei den Plätzen 13 und 14 sowie bei den Plätzen 21 und 22 ergeben sich erstaunlicherweise jeweils leichte Veränderungen zugunsten der CSU. Sei es aber darum; Ihr Verhalten zeigt nur, welchen Geist die Geschäftsordnungsanträge von CSU und FDP atmen.

Ich empfinde es als schade, dass sich auch Teile der Oppositionsparteien diesem Vorgehen anschließen. Ich kann es zwar verstehen, weil sie bei den Verhandlungen über die weitere Ausstattung der Vizepräsidenten nicht für die Abstimmungsverhalten in diesem Hause büßen wollen. Trotzdem sage ich: Kolleginnen und Kollegen, überprüfen Sie diese Argumente, wägen Sie die Argumente ab und stimmen Sie nicht für verfassungswidrige Geschäftsordnungen, sondern folgen Sie den Geschäftsordnungsanträgen der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Herr Kollege Aiwanger hat ums Wort gebeten.

Hubert Aiwanger (FW): Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten uns hier nicht in Detaildiskussionen zerfleischen. Wichtig ist es für die Freien Wähler festzuhalten, dass mit dem Votum der bayerischen Bevölkerung am 28. September die Tür dazu aufgestoßen wurde, dass wir von D'Hondt wegkommen. Ob wir dann Hare-Niemeyer oder Sainte-Laguë/Schepers anwenden, für das man fast einen Französischkurs braucht, um es auszusprechen zu können, ist für uns nicht so dramatisch wichtig. Wichtig ist, dass wir zu einer demokratischeren Abbildung des Wählerwillens kommen.

Zweitens ist für uns wichtig, dass alle Fraktionen durch einen Vizepräsidenten repräsentiert werden und dass sich alle Fraktionen im Präsidium wiederfinden. Wie die Vizepräsidenten im Detail ausgestattet werden, wird in Kürze zu beschließen sein. Wir, die Freien Wähler, halten die Latte hier so tief wie nur irgendwie möglich. Gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das Geld immer knapper wird, hat die Bevölkerung ein Recht darauf, dass wir uns hier nicht selbst bedienen und gegenseitig auf hohem Niveau absichern. Wir müs-

sen mit den Bezügen der Vizepräsidenten so weit heruntergehen, wie es nur irgendwie geht, um mit der Mehrung an Personen keine großen Ausgabenmehrung auszulösen.

Wir Freie Wähler werden für Hare-Niemeyer die Hand heben. Wir haben einen entsprechenden Antrag vorbereitet und Ihnen vorgelegt. Dieses Verfahren ist in den Kommunalparlamenten ein übliches Zählverfahren. Es ist bekannt, und deshalb glaube ich, dass wir damit richtig liegen. Wir kommen damit dem Ziel, weg von d'Hondt und hin zu Hare-Niemeyer, näher. Wir sind für dieses Zählverfahren. Wir sind für eine möglichst niedrige Ausstattung der Vizepräsidenten. Wir müssen uns darüber vernünftig einigen. Diese Debatte sollte nicht zum Schlachtfeld für Emotionen werden. Deshalb liegen wir sehr nahe beieinander.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Zu Wort gemeldet hat sich jetzt noch Frau Ulrike Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Protokoll von vor fünf Jahren gelesen. Damals wurde uns von verschiedenen Seiten des Hauses vorgeworfen, wir würden alle fünf Jahre wieder - früher waren es alle vier Jahre wieder, denn wir haben schon ganz am Anfang diese Anträge gestellt - diese Anträge stellen. Ja, wir stellen diese Anträge wieder. Dieses Mal ist aber alles anders, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Dieses Mal stellen wir einen Teil der Anträge mit Erfolg. Ich bin auch froh darüber, dass wir sie zumindest mit einem Teil der hier vertretenen Fraktionen als interfraktionelle Anträge stellen können.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Es stimmt mich hoffnungsfroh, wenn man mit langem Atem auf manchen Gebieten, von denen man es nie geglaubt hätte, Erfolge und Fortschritte erzielen kann. Ich hoffe, dass uns das auch auf den Politikfeldern gelingt, die wir inhaltlich bearbeiten müssen, wenngleich ich meine, dass wir beim Klimaschutz nicht sehr lange Zeit haben, auf Besserung und Fortschritte zu warten. Sie haben also gesehen, dass wir einen langen Atem haben. Der Landtag ist bunter geworden. Herr Schmid - ich sage es noch einmal -, er ist auch demokratischer geworden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU):
War er vorher undemokratisch?)

Zur Demokratie gehört auch die Vielfalt. Demokratie lebt vom Wechsel. Für kein Land ist es gut, wenn über

Jahrzehnte hinweg immer nur dieselbe Partei alleine regiert, egal, ob sie schwarz oder rot ist, egal, ob es in Kuba oder in Bayern ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Demokratie lebt vom politischen Diskurs der verschiedenen Parteien und vom konstruktiven Streit.

(Zuruf von der CSU: Zur Sache!)

Auf diesen konstruktiven Streit können wir uns in den nächsten Jahren freuen. Damit wird das Parlament sehr viel lebendiger und interessanter. Am Ende wird sich das auch zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erweisen.

Jetzt zur Frage der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen. Kollege Güller, das, was wir von Ihnen gehört haben, grenzt arg an Geschichtsklitterung. Wir haben mehrfach zusammengesessen und darüber geredet, wie wir die Geschäftsordnung verbessern können. Es ist nicht wahr, dass wir mit der SPD nicht gesprochen haben. Vielmehr hat uns die SPD bis heute morgen in dem Glauben gelassen, dass sie einer Erhöhung der Anzahl der Vizepräsidenten und Vizepräsidentinnen generell nicht zustimmen will. Das war heute morgen der Sachstand.

(Zurufe von der CSU und der FDP: Hört! Hört!)

Herr Güller, das war der Sachstand.

(Harald Güller (SPD): Das ist eine Lüge!)

- Das ist keine Lüge. Ihr Vizepräsident Gantzer hat das öffentlich erklärt. Sonst haben Sie mir die Unwahrheit gesagt, denn das war immer Gegenstand der Verhandlungen. Als dann der Antrag vor dem Wochenende vorlag, ist er auch Ihnen zugegangen. Wir haben das ganze Wochenende auf eine Rückmeldung der SPD gewartet. Wir wollten wissen, ob Sie einen eigenen Antrag stellen oder was auch immer. Das ist die Wahrheit. So stellt es sich dar.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Heute morgen kommen Sie mit Ihrem eigenen Antrag. Wir können alle lesen. Sie müssen uns nicht für dumm verkaufen. Wir können alle lesen und sehen sehr wohl, was in diesem Antrag steht. Wir können auch zwischen den Zeilen lesen und wissen deshalb, was mit diesem Antrag erreicht werden soll. Dieser Antrag ist nichts anderes als eine "lex Gantzer", nichts anderes!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CSU)

Es ist richtig, die SPD hat uns bei den Anträgen auf Erweiterung des Präsidiums um Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für jede Fraktion bisher immer unterstützt. Sie hat uns immer unterstützt, bis diese Anträge eine Chance auf Verwirklichung hatten. An diesem Punkt sind wir jetzt. In dem Moment, in dem diese Anträge eine Chance auf Verwirklichung haben, sind Sie aber auf einmal dagegen. Dies mag ich hier mit Worten nicht bewerten. Ich empfinde die Haltung, die sich bei der SPD offenbart, aber als sehr merkwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Jetzt noch zur Frage der Verfassungswidrigkeit. Kollege Schindler, Sie haben in der ersten Sitzung der letzten Legislaturperiode so, wie Sie es immer tun, hervorragend ausgeführt, dass dies überhaupt keine Verfassungsfrage sei. Sie haben gesagt, dies sei eine Frage der Opportunität. Ja, es ist opportun, dass man es so macht. Jetzt aber bezeichnen Sie den neuen Antrag als verfassungswidrig. Dazu hätte ich von Ihnen, Herr Schindler, gerne Ausführungen gehört. Es kann ja wohl nicht sein, dass das, was bisher nicht verfassungswidrig war, solange es der SPD genutzt hat, jetzt auf einmal verfassungswidrig ist, wenn es auch anderen nutzt.

(Beifall bei der CSU, der FDP und bei den GRÜNEN)

Ich sage nicht nur, wenn es anderen nutzt, sondern, wenn es sicherstellt, dass alle Fraktionen, die hier im Landtag sitzen, ihr berechtigtes Interesse an einer Mitwirkung der Abläufe in diesem Parlament wahrnehmen. Das ist der Hintergrund dieses Antrags, und der wird jetzt umgesetzt. Ich bin froh, dass wir in dieser Frage zu einer Mehrheit kommen. Ich hätte mich sehr gefreut, wenn die SPD mit im Boot gewesen wäre. Wir hätten vielleicht noch über Vieles reden können, wenn Sie mit uns geredet hätten. Dann hätte man über Vieles reden können.

(Heiterkeit bei der CSU)

Zur Ausstattung der Vizepräsidenten: Die Vorschläge, die Sie hierzu gemacht haben, sind gut. Da können wir Vielem zustimmen, das geht genau in unsere Richtung. Sie haben gesagt: Wir wollen keine unbotmäßige Ausweitung der Finanzen für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. Ich sage noch einmal: Es geht uns um Mitwirkung im Parlament, es geht auch um die Repräsentation dieses Parlaments, die gemeinsame Repräsentation. Es geht nicht um Dienstwagen, es geht nicht um repräsentative Büros, und es geht nicht um die klammheimliche Bereicherung für einige wenige Abgeordnete. Insofern sind wir in diesen Fragen nach wie vor

gesprächsbereit und erwarten die konstruktiven Vorschläge der SPD.

Zu dem Verteilungsverfahren möchte ich gar nicht viel sagen, hierzu haben die Vorredner im Grunde bereits alles gesagt. Ich glaube, auch hier wird das Parlament ein Stück demokratischer werden. Ich möchte aber unser Abstimmungsverhalten zur Übernahme der Geschäftsordnung grundsätzlich erläutern. Es ist richtig, wir sind nicht mit der Geschäftsordnung einverstanden gewesen, die Ihnen noch in der unveränderten Form vorliegt. Es fällt uns deshalb schwer, der Übernahme heute einfach zuzustimmen. Wir sehen aber, dass wir schon heute zwei wichtige Schritte tun, die diese Geschäftsordnung besser machen. Wir werden uns deshalb nur enthalten. Wir kündigen aber an: Wir müssen uns über verschiedene Fragen noch verständigen, beispielsweise über die Abläufe im Parlament, wie die Frage: ein fester Plenartag oder nicht. Es sind noch viele andere Dinge zu klären, der Ältestenrat ist auch ein Aspekt. Auch über die Redezeiten müssen wir reden. All diese Dinge werden wir in weiteren Geschäftsordnungsanträgen noch diskutieren. Heute werden wir der Übernahme der alten Geschäftsordnung deshalb nicht zustimmen, sondern wir werden uns enthalten.

Noch einmal zur Differenzierung der beiden verschiedenen Zuteilungsverfahren. Wir sehen das Anliegen, welches die Freien Wähler hier formuliert haben, als durchaus begründet an. Wir werden die Anträge deshalb nicht ablehnen, sondern uns enthalten, weil wir einen eigenen Antrag haben. Ich denke, Sie haben es selbst gesagt, letztendlich sind wir uns einig. Wir kommen mit dem, was vorliegt, wenn es eine Mehrheit findet, ein ganzes Stück weiter.

Erlauben Sie mir noch ein Letztes zu sagen. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen - oder auch nicht - dass in dem interfraktionellen Antrag immer nur von "Vizepräsidenten" die Rede ist. Wir haben es in diesem Parlament noch nicht geschafft, auch in der Geschäftsordnung eine geschlechtersensible Sprache zu formulieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben dies im Vorfeld angeregt und auch diskutiert und sind dabei auf offene Ohren gestoßen. Die Staatsregierung macht das in ihrer eigenen Geschäftsordnung auch, die Ministerien ebenfalls. Wir werden daher, gemeinsam mit den anderen Fraktionen, in dieser Frage ist uns von der CSU auch Zustimmung signalisiert worden, die gesamte Geschäftsordnung in einem weiteren Antrag in eine geschlechtersensible Sprachform umwandeln. An dieser Stelle verzichten wir deshalb auf einen Änderungsantrag in dieser speziellen Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Um das Wort hat noch Herr Kollege Zeil gebeten. Bitte schön.

Martin Zeil (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Güller, ich bedaure außerordentlich, dass Sie gemeint haben, bei dieser Debatte, bei dieser feierlichen Sitzung heute, eine nachgetragene Wahlkampfrede halten zu müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CSU)

Ich kann verstehen, dass Sie von Ihrem Wahlergebnis nicht begeistert sind. Ich würde Ihnen aber raten, hier auf dem Teppich zu bleiben.

(Beifall bei der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dafür brauchen wir Sie nicht!)

- Sie sollten zuhören, Frau Kollegin. Es sollte zum Stil dieses Hauses gehören, dass man sich gegenseitig zuhört und ernst nimmt und nicht ständig dazwischen ruft.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, die SPD unterscheidet sich von uns einfach darin, dass wir in diesen Fragen immer konsequent sind. Sie hingegen wollen bei diesen Geschäftsordnungsfragen immer eine Abstimmung haben, je nach dem, wie sie Ihnen gerade nutzt oder schadet. Das ist der Unterschied.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Woher wissen Sie das? Woher wollen Sie das denn wissen?)

Im Deutschen Bundestag haben Sie damals, gemeinsam mit der Union, das Verfahren zur Verteilung der Vizepräsidenten so durchgesetzt, wie es Ihnen genutzt hat. Jetzt wollen Sie hier einen Popanz veranstalten und eine Geschichte erzählen.

(Zurufe von der SPD)

Worum geht es denn? - Es geht darum, dass die Wählerinnen und Wähler dafür gesorgt haben, dass dieses Parlament bunter wird, und das muss sich im obersten Organ dieses Parlaments auch abbilden.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Es kann deshalb nicht sein, dass sich zwei zusammensetzen und sagen: Das richten wir uns schon. Vielmehr ist die Breite des Parlaments im Präsidium abzubilden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann machen Sie das doch!)

Meine Damen und Herren, wenn es um die Privilegien geht, dann muss man - wie Sie schon sagen, und das haben wir von Anfang an gesagt - darüber reden. Ich darf daran erinnern, damit auch in dieser Frage nicht die Geschichte geklittert wird, die Initiative zu dieser Ausweitung des Präsidiums kam von den GRÜNEN. Nur, damit Herr Kollege Güller in Bezug auf meine Fraktion mit seiner Geschichtsklitterung nicht fortfahren kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Meine Damen und Herren, das mit der Verfassungswidrigkeit, das klären Sie mit Ihren Geschäftsführern in Berlin. Die haben das Verfahren nämlich auch angewandt. Das gilt auch für dieses Zählverfahren. Ich möchte an die Freien Wähler appellieren: Herr Kollege Aiwanger, wir Bayern stehen in besonderer Weise unter dem Schutz der Heiligen. In "Sainte-Lague" ist das Heilige enthalten. Der Unterschied zu "Hare-Niemeyer" ist nicht so groß. Da können Sie deshalb, wie wir, getrost zustimmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU - Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor - - Ach, doch, Herr Kollege Schindler, höre ich gerade. Bitte schön.

Franz Schindler (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Gote, ich bedanke mich für Ihre netten Worte. Ich möchte aber dennoch Folgendes klarstellen. Als wir vor fünf Jahren, im Jahr 2003, hier begonnen haben, war die SPD selbstverständlich, und nicht zum ersten Mal, dafür, dass alle Fraktionen einen Vizepräsidenten bekommen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Auch diesmal!)

- So ist es diesmal auch. Es war in den letzten Wochen auch überhaupt keine Diskussion, ob die SPD für zwei, drei oder fünf Vizepräsidenten ist. Es war vielmehr klar, dass wir uns dafür aussprechen, dass alle Fraktionen in diesem Haus an der Leitung im Präsidium beteiligt werden.

Wenn Kollege Güller davon gesprochen hat, dass es bei dem, was hier zwischen CSU, FDP und - zu meinem Bedauern offensichtlich auch - mit den GRÜNEN abgesprachen ist, verfassungsrechtliche Probleme gibt,

dann geht es um einen Punkt, nämlich um die Frage, ob man bei der Vergabe der Positionen des ersten, zweiten und der weiteren, den Präsidenten oder die Präsidentin mitzählt oder nicht.

(Christa Naaß (SPD): Haargenau!)

In Artikel 20 der Verfassung, und dieser Artikel steht fast wörtlich in § 17 unserer Geschäftsordnung, heißt es: Der Landtag wählt ein Präsidium. Das Präsidium besteht aus einem Präsidenten, einem Ersten und Zweiten Vizepräsidenten und aus Schriftführern. In der Verfassung und in der Geschäftsordnung steht nicht: Der Landtag wählt einen Präsidenten oder eine Präsidentin separat und anschließend ein Hilfsorgan für diesen Präsidenten. Sondern da steht: Der Landtag wählt ein Gremium, bestehend aus Präsidenten, Vizepräsidenten und einer bestimmten Anzahl von Schriftführern. Wenn es nun darum geht, auszuzählen, welcher Fraktion wie viele dieser Positionen in dem Gremium zustehen, dann scheint es Einigkeit zu geben, dass man das nicht mehr nach d'Hondt machen darf, sondern nach einem der anderen Auszählssysteme vornehmen muss. Wenn man nun entweder Hare-Niemeyer oder Sainte-Lague/Schepers verwendet, so wie das gewollt ist, dann bedeutet das zwingend, dass die Position des Ersten Vizepräsidenten nicht auf die CSU entfällt, sondern auf die SPD. Und wenn Sie das anders machen wollen, obwohl wir hier über die Besetzung eines Gremiums zu entscheiden haben, dann sagt Kollege Güller völlig zu Recht: Wir halten das für verfassungswidrig.

(Beifall bei der SPD)

Und nur darum geht es, liebe Kollegin Gote. Deswegen, meine ich, verhält sich meine Fraktion - wie immer in solchen Geschäftsordnungsfragen, die ja schließlich auch Machtfragen sind - das sollten wir hier nicht unter den Tisch kehren -, wie immer außerordentlich konsequent. Wir bleiben damit auf dem Boden der Bayerischen Verfassung und auf dem Boden unserer Geschäftsordnung. Ich bezweifle, dass Sie das auch tun. Das werden wir sehen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Zeil (FDP))

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Weitere Wortmeldungen liegen anscheinend nicht vor. - Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Drucksache 16/1 betreffend "Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag" abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen! - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Antrag der Fraktion der Freien Wähler auf Drucksache 16/2 betreffend "Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag". Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen! - Der Antrag ist ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/3, "Änderungen bei der Übernahme der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag". Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen! - Auch dieser Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den interfraktionellen Antrag der Fraktionen der FDP, der CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/4, betreffend "Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag". Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen! - Der Antrag ist angenommen.

Das Antragsbegehren ist damit anschließend --

(Unruhe)

- Das Ergebnis stimmt. Der Antrag ist angenommen. Das Antragsbegehren ist damit anschließend bei der zu übernehmenden Geschäftsordnung zu berücksichtigen.

Nun lasse ich über den interfraktionellen Antrag der Fraktionen der CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/5 betreffend "Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag" abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen! - Damit ist der Antrag angenommen. Die entsprechenden Änderungen sind damit ebenfalls anschließend bei der zu übernehmenden Geschäftsordnung zu berücksichtigen.

Damit kommen wir nun zur Abstimmung über die Übernahme der bisherigen Geschäftsordnung. Ein Exemplar dieser Geschäftsordnung wurde Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung übermittelt. Wer mit der Übernahme der Geschäftsordnung unter Berücksichtigung der vorher beschlossenen Anträge auf den Drucksachen 16/4 und 16/5 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen! - Die Geschäftsordnung ist damit so übernommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Wahl des Präsidiums

Das Präsidium wird nach § 8 Absatz 1 der Geschäftsordnung in der ersten Sitzung aus der Mitte des Landtags für seine Wahldauer gewählt; der Präsident und die Vizepräsidentin jeweils in gesonderten Wahlgängen. Die Wahlen erfolgen auf Vorschlag der nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers jeweils zum Zuge kommenden Fraktion mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Für die Durchführung der Wahl gelten die Vorschriften des dritten Teils der Geschäftsordnung, hier die §§ 41 bis 44. Ich darf § 42 "Wahlvorschläge und Durchführung der Wahl" wegen seiner Bedeutung für die Wahl auszugsweise zitieren. Darin heißt es unter anderem:

Die Wahl findet geheim statt. Für die Geheimhaltung ist durch Bereitstellung von Namenskarten und amtlichen Stimmzetteln Sorge zu tragen. Es werden getrennte Urnen für die Namenskarten und die Stimmzettel bereitgestellt. Namenskarte und Stimmzettel sind im Beisein des Stimmberechtigten von einem Schriffführer bzw. einem Mitarbeiter des Landtagsamtes in die jeweilige Urne zu werfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die amtlichen Stimmzettel sowie Namenskarten finden Sie auf Ihrem Platz. Die Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals im Bereich der Eingangstüren und auf dem Stenografentisch. Ich bitte, sowohl die Namenskarten als auch die jeweiligen Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Schriffführern und Mitarbeitern des Landtagsamtes auszuhändigen. Nur so kann der ordnungsgemäße Ablauf der einzelnen Wahlvorgänge sichergestellt werden.

Nach § 42 Absatz 3 der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl durch Kennzeichnung des entsprechenden Stimmzettels mit dem Namen einer Kandidatin bzw. eines Kandidaten oder mit einem der Worte "Ja", "Nein" oder "Enthaltung".

In § 43 Absatz 2 der Geschäftsordnung ist geregelt, dass Enthaltungen gültige Stimmen sind und unverändert abgegebene Stimmzettel als Enthaltungen gelten.

Wir kommen nunmehr zur

Wahl der Präsidentin

Für diese Wahl ist der weiße Stimmzettel vorgesehen. Das Wort zur Abgabe eines Wahlvorschlags hat der Vorsitzende der vorschlagsberechtigten Fraktion der CSU, Herr Abgeordneter Georg Schmid.

Georg Schmid (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Namens der CSU-Fraktion schla-

ge ich für das hohe Amt der Präsidentin des Bayerischen Landtages unsere Kollegin Barbara Stamm vor.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Barbara Stamm gehört dem Hohen Hause seit 32 Jahren an. Sie hat damit lange parlamentarische Erfahrung. Sie war in vielen Staatsämtern für unser Land aktiv und unterwegs und hoch engagiert. Die Menschen im Lande haben Barbara Stamm bei der Wahl zur 16. Periode des Bayerischen Landtages erneut überwältigend ihr Vertrauen geschenkt. Ich bitte Sie heute auch um Ihr Vertrauen für unsere Kollegin Barbara Stamm. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete Barbara Stamm ist damit zur Wahl vorgeschlagen. Bitte füllen Sie jetzt Ihren weißen Stimmzettel aus. Wir beginnen nun mit der Wahl. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Stimmabgabe von 16.37 Uhr bis 16.42 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung bis zur Feststellung des Ergebnisses.

(Unterbrechung von 16.42 bis 16.52 Uhr)

Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe das Wahlergebnis bekannt. An der Wahl haben 187 Abgeordnete teilgenommen. Auf die Abgeordnete Stamm entfielen 164 Stimmen.

(Allgemeiner stehender Beifall)

Mit Nein stimmten 14 Mitglieder. Fünf Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Vier Stimmen waren ungültig.

Meine Damen und Herren, damit ist Frau Abgeordnete Stamm zur Präsidentin des Bayerischen Landtags gewählt. Frau Stamm, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Barbara Stamm (CSU): Frau Präsidentin, ich bedanke mich für das Vertrauen und nehme die Wahl an. Herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Alterspräsidentin Barbara Rütting: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich gratuliere Ihnen im Namen des

gesamten Parlaments und persönlich sehr herzlich und wünsche Ihnen viel Erfolg in Ihrem hohen Amt.

Ich bitte Sie nun, den Vorsitz der Vollversammlung zu übernehmen.

Präsidentin Barbara Stamm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich darf mich bei Ihnen allen sehr herzlich für das große Vertrauen bedanken, das Sie mir ausgesprochen haben. Danke schön. Dieses Vertrauen bedeutet für mich nicht nur Freude und Ehre, sondern es bedeutet für mich natürlich auch Verpflichtung an der Spitze des Bayerischen Landtags. Wie wir Abgeordnete des ganzen bayerischen Volkes sind, möchte ich Präsidentin des gesamten Hohen Hauses sein. Verehrte Kollegen und Kolleginnen, ich möchte mein Amt nicht unpolitisch aber überparteilich und nach bestem Wissen und Gewissen gerecht ausüben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich biete daher allen Fraktionen eine faire und vor allem auch sachliche Zusammenarbeit an. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zugleich bitte ich Sie, mit mir gemeinsam konstruktiv für ein gedeihliches Klima bei unserer parlamentarischen Arbeit zu sorgen.

Lassen Sie mich zunächst im Namen des Hohen Hauses und natürlich auch persönlich unserer Alterspräsidentin danken, Ihnen, verehrte liebe Frau Kollegin Rütting. Sie haben bereits zum zweiten Mal eine konstituierende Sitzung und den Wahlgang umsichtig und - wie wir das gerade erlebt haben - souverän geleitet.

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Kolleginnen und Kollegen, die dem letzten Bayerischen Landtag angehört haben und dem neuen wiederum angehören, werden Verständnis dafür haben, wenn ich an dieser Stelle meinem Amtsvorgänger, Ihnen, lieber Herr Präsident Glück, ein ganz herzliches Dankeschön und Vergelt's Gott sage.

(Allgemeiner Beifall)

In diesen Dank möchte ich auch Ihre liebe Gattin und Ihre gesamte Familie einbeziehen. Für uns alle darf ich noch einmal sagen: Lieber Herr Glück, Sie haben in den vergangenen fünf Jahren dieses Haus politisch sensibel geführt und repräsentiert. Wir waren von Ihrem kollegialen und vor allem auch menschlichen Stil immer sehr beeindruckt. Das soll uns auch in Zukunft bei unserer Arbeit begleiten.

Lieber Herr Präsident Glück, vor wenigen Tagen wurden Sie für Ihre Leistungen mit dem Großen Verdienst-

kreuz mit Stern ausgezeichnet. Dazu darf ich Ihnen im Namen des Hohen Hauses herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es heute schon gehört: Der 16. Bayerische Landtag unterscheidet sich in manchem von seinem Vorgänger. Erstmals seit mehreren Jahrzehnten gehören ihm wieder fünf Fraktionen an. Dies ist jedoch in einer parlamentarischen Demokratie ein völlig normaler Vorgang, vergleichbar mit der Situation in anderen deutschen Parlamenten. Die neue Zusammensetzung und die Kräfteverhältnisse lassen noch lebendigere Diskussionen im Plenum und natürlich auch in anderen Gremien erwarten. Rein organisatorisch wird es jedoch vermutlich einige Zeit dauern, bis sich unsere Arbeitsabläufe eingespielt haben.

In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem die 77 Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen heißen, die zum ersten Mal in den Bayerischen Landtag gewählt worden sind. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, was in den kommenden Tagen und Wochen auf Sie zukommt, wird für Sie viel Neuland sein. Jeder von uns Erfahrene, die wir schon länger hier sind: Wir sollten an die Tage denken, in denen wir das erste Mal in das Parlament eingezogen sind und Platz genommen haben. Wir waren dankbar für jene gewesen, die uns gute Tipps und Hilfestellungen gegeben haben. Ich würde einmal sagen: Die Erfahrenen haben jetzt die Aufgabe, Verpflichtung und Verantwortung, sich unserer 77 neuen Kolleginnen und Kollegen auch in dieser Form der Mitmenschlichkeit und des Miteinanders anzunehmen.

Bei aller Verschiedenheit an Erfahrung und Lebensalter, an beruflichem Hintergrund und Parteizugehörigkeit ist doch eines gemeinsam: Wir sind alle frei gewählte Abgeordnete - von den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Freistaat - und wir sind alle unserem Gewissen verpflichtet. Wir sind alle Mitglieder demokratischer Parteien, das heißt, wir tragen bewusst Verantwortung für unser Land und für seine Menschen. Demokratie lebt in erster Linie von den Menschen, die sich engagieren, die Verantwortung übernehmen und Toleranz üben, konflikt- und konsensfähig sind, die Mehrheitsentscheidungen respektieren und Minderheiten schützen. All das verbindet uns über die Fraktionsgrenzen hinweg. Deshalb bin ich überzeugt davon, dass auch der 16. Bayerische Landtag ein starkes und damit auch ein entscheidungsfähiges Parlament sein wird.

Das ist unerlässlich, denn wir stehen vor Herausforderungen, die wir nur gemeinsam mit großer Kraftanstrengung bewältigen können. Weltweit erleben wir gegen-

wärtig Entwicklungen, die auch uns in Bayern unmittelbar berühren und in die wir zum Wohle unseres Landes gestaltend eingreifen müssen. Unsere Demografie erfordert von uns Zukunftsgestaltung - Zukunftsgestaltung für unsere Kinder und für deren Kinder, wobei wir aber auch die älteren Menschen in unserer Gesellschaft nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Die Würde des Menschen ist unantastbar und das muss uns bei unserer Arbeit auch immer begleiten. Der Klimawandel hat Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft, den Fremdenverkehr und den Katastrophenschutz. Die Globalisierung der Wirtschaft und der Finanzmärkte erfasst im Krisenfall auch unser Land, wie wir es in diesen Tagen ganz aktuell erleben und womit wir uns in dieser Woche noch intensiv auseinandersetzen müssen.

Das kann natürlich auch Auswirkungen auf unseren Haushalt haben. Dies sind nur drei Beispiele von vielen, die zeigen, dass die Behauptung falsch ist, die Landesparlamente hätten kaum noch politischen Einfluss. Nein, die Wählerinnen und Wähler haben uns die Verantwortung übertragen und wir verfügen über konkrete eigene Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, die dank der Föderalismusreform auf wichtige politische Zukunftsfelder ausgedehnt und erweitert wurden. Es liegt jedoch an uns selbst, diese Möglichkeiten selbstbewusst zu nutzen und sie nicht erneut aus der Hand zu geben, indem wir in kritischen Situationen vorschnell nach bundeseinheitlichen Regelungen rufen. Vielleicht sollten wir auch beim Bildungsgipfel, der in dieser Woche stattfindet, ein Stück mit daran denken, was wir in Sachen Bildung als Landesparlament an Verantwortung haben - gerade, was die Zukunft unserer jungen Menschen anbelangt.

Ein anderes Problemfeld ist der Bedeutungsverlust der Parlamente und der parlamentarischen Demokratie im öffentlichen Ansehen. Die Wahlbeteiligung am 28. September lag zwar geringfügig höher als vor fünf Jahren, aber dennoch in einem Bereich, wie er in früheren Jahrzehnten kaum denkbar gewesen wäre. Die Gründe dafür sind weithin bekannt: Schwindendes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz von Politikern, Parlamenten und Regierungen gehören ebenso dazu wie ein mangelndes Interesse an politischen Fragen im Allgemeinen, wobei das eine und das andere miteinander zusammenhängen und sich natürlich auch gegenseitig verstärken.

Immer wieder stellen wir in Gesprächen fest, dass in der Bevölkerung ein verzerrtes Bild von der Arbeit herrscht, die wir als Abgeordnete innerhalb und vor allem auch außerhalb des Parlaments leisten. Doch das ist nicht ein Problem, das sich durch PR-Maßnahmen beheben ließe. Sachkompetenz, gute Ideen, fairer Wettbewerb und glaubwürdiger Einsatz für die Belange der Bürge-

rinnen und Bürger sind die besseren Mittel. Wir müssen die kommunalen Anliegen ebenso kennen, ernst nehmen und bearbeiten wie die globalen Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf unsere Heimat. Es ist wichtig, die Menschen ernst zu nehmen, denn Vertrauen kann nicht verordnet werden. Vertrauen muss man sich immer neu erwerben. Deshalb sind wir als Parlament gefordert, unsere Arbeitsweise so weiter zu entwickeln, damit die Menschen wieder davon überzeugt sind, dass es uns um ihre Anliegen und vor allem auch um ihre Fragen geht. Profilierung und inhaltliche Abgrenzung sind notwendig - auch offener und fairer Streit in der Sache.

Wenn aber der Eindruck entsteht, dass es uns nur um des Streites willen geht, wenden sich die Menschen enttäuscht und oft resigniert von der Politik ab. Wir stehen also in der Bringschuld, dass die Menschen unsere Entscheidungen verstehen und dass sie sie vor allen Dingen auch nachvollziehen können. Deshalb haben wir uns immer wieder in unserer Arbeit zu fragen: Drücken wir uns klar und vor allen Dingen auch unmissverständlich aus? Verstehen auch diejenigen unsere Aussagen und Argumente, die sich nicht tagtäglich mit dem politischen Geschehen beschäftigen? Haben wir die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger ausreichend bei unserer Entscheidungsfindung berücksichtigt? Nicht zuletzt gilt es stets von Neuem zu überprüfen: Was ist unser Maßstab für politisches Handeln? Haben wir den Menschen die Ziele unserer Politik ausreichend verständlich gemacht? Auch das ist ein elementarer demokratischer Auftrag. Demokratie braucht Verständlichkeit und das politische Verständnis der Bürgerinnen und Bürger. Nur so gewinnen wir Vertrauen.

Der Bayerische Landtag ist nicht irgendein Parlament, sondern er ist auf das Engste mit den Menschen, die hier leben - verbunden mit ihren Traditionen und Bräuchen, mit ihren Wertvorstellungen und - ich betone ganz bewusst - mit der Geschichte der Stämme und Regionen, aus denen der Freistaat Bayern besteht. Die Globalisierung hat zu einer neuen Wertschätzung der vertrauten, überschaubaren Räume geführt. Dies kommt uns als Landesparlament entgegen. Das ist unsere große Chance, auch für unsere Arbeit in dieser Legislaturperiode.

Bayern liegt im Herzen Europas. Seine Lebensqualität und landschaftliche Schönheit machen es nicht nur zum beliebten Reiseland innerhalb Deutschlands, es liegt auch bei der Zuwanderung aus anderen Bundesländern nach wie vor an der Spitze. Bei allen Veränderungen und notwendigen Anpassungen an gesellschaftliche Entwicklungen muss Bayern in seiner Vielfalt und in seinen Prägungen erkennbar und damit auch erhalten bleiben. Das ist eine Aufgabe, die sich nicht nach

der Dauer einer Legislaturperiode bemessen lässt. Vergewärtigen wir uns bei unserem Tun immer wieder, dass wir in einer langen Tradition stehen, dass uns ein kostbares Erbe anvertraut ist und dass wir Verantwortung tragen für die Lebenschancen künftiger Generationen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen wünsche ich uns in dieser Legislaturperiode eine konstruktive, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dabei wünsche ich Ihnen allen die nötige Schaffenskraft, den nötigen Optimismus, aber auch die nötige Gesundheit, vor allen Dingen auch Gottes reichen Segen; ohne den geht gar nichts. - Herzlichen Dank und ein gutes Miteinander in dieser Legislaturperiode!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf in der Tagesordnung fortfahren.

Wahl des Ersten Vizepräsidenten

Wir kommen nun zur **Wahl der fünf Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags**, wie eben auch mit der Geschäftsordnung beschlossen wurde.

Wie das in der Debatte über die Geschäftsordnung und in der Abstimmung darüber festgelegt worden ist, ist die CSU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

Georg Schmid (CSU): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die CSU-Fraktion darf ich für die Position des Ersten Vizepräsidenten unseren Kollegen Reinhold Bocklet vorschlagen. Reinhold Bocklet war 14 Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments, Vizepräsident des Ausschusses der Regionen und ist seit 14 Jahren auch Mitglied des Bayerischen Landtags. Damit besitzt er große parlamentarische Erfahrung. Ich bitte um Ihr Vertrauen für Reinhold Bocklet.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für das Amt des Ersten Vizepräsidenten ist Kollege Reinhold Bocklet vorgeschlagen. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie, den blauen Stimmzettel auszufüllen und so zu verfahren wie beim vorhergehenden Wahlgang. Ich bitte Sie jetzt, Stimmkarte und Stimmzettel abzugeben. Dafür sind fünf Minuten Zeit.

(Stimmabgabe von 17.14 bis 17.19 Uhr)

Der Wahlgang ist geschlossen. Ich unterbreche die Sitzung, bis ausgezählt ist.

(Unterbrechung von 17.19 Uhr bis 17.29 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze ein, damit ich mit der Sitzung fortfahren kann. - Sie haben noch so viele Möglichkeiten, Ihre Gespräche fortzusetzen; ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl zum Ersten Vizepräsidenten bekannt geben: An der Wahl haben 187 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen. Auf den Kollegen Bocklet entfielen 132 Stimmen. Mit Nein stimmten 39 Mitglieder des Hohen Hauses; der Stimme enthalten haben sich 10 Abgeordnete. 6 Stimmen waren ungültig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Damit ist der Kollege Bocklet zum Ersten Vizepräsidenten des Hohen Hauses gewählt. Ich darf Sie, Herr Kollege, fragen, ob Sie die Wahl annehmen. -

Reinhold Bocklet (CSU): Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an und bedanke mich ganz herzlich für das Vertrauen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Alles Gute für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe und auf gute Zusammenarbeit. -

Wir kommen nun zur

Wahl des Zweiten Vizepräsidenten

Vorschlagsberechtigt ist hierfür die SPD-Fraktion. Herr Kollege Maget, darf ich Ihnen das Wort erteilen? - Bitte schön.

Franz Maget (SPD): Nachdem heute so oft gesagt wurde, dass die ältere Generation eine Chance verdient, schlage ich Ihnen gern Prof. Peter Paul Gantzer vor. Ich glaube, dass er durch seine Arbeit in den letzten Jahren auch Ihr Vertrauen verdient, und bitte Sie um Unterstützung für diesen Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vorgeschlagen ist Herr Kollege Prof. Dr. Peter Paul Gantzer. Ich bitte Sie, den roten Stimmzettel zu verwenden. Der Zufall wollte es so, Herr Kollege Dr. Bayer. Es stehen wieder fünf Minuten zur Verfügung.

(Stimmabgabe von 17.31 bis 17.36 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe den Wahlgang. Die Stimmen werden ausgezählt.

(Unterbrechung von 17.37 bis 17.47 Uhr)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit ich das Wahlergebnis bekanntgeben kann. Bitte nehmen Sie die Plätze ein.

Ich darf das Wahlergebnis bekanntgeben. 185 Abgeordnete haben an der Wahl teilgenommen. Auf den Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer entfielen 128 Stimmen. Mit Nein stimmten 30. Der Stimme enthalten haben sich 16 Abgeordnete. 11 Stimmen waren ungültig. Damit sind Sie, Herr Kollege Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, zum Zweiten Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Kollege, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche uns eine gute Zusammenarbeit wie bisher.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zur

Wahl des Dritten Vizepräsidenten

Herr Kollege Aiwanger, ich bräuchte Sie jetzt am Rednerpult, denn hier ist die Fraktion der Freien Wähler vorschlagsberechtigt. Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Hubert Aiwanger (FW): Für die Freien Wähler schlage ich Peter Meyer vor. Er war bisher beschäftigt bei der Regierung von Oberfranken im Bereich Jugend und Soziales. Ich bitte Sie um Unterstützung dieses Kandidaten.

Präsidentin Barbara Stamm: Vorgeschlagen ist Herr Kollege Peter Meyer. Ich bitte, den lila Stimmzettel zu verwenden. Der Abstimmungsvorgang ist der gleiche wie bei den vorhergehenden Wahlen. Fünf Minuten stehen zur Verfügung.

(Stimmabgabe von 17.49 bis 17.55 Uhr)

Ich beende den Wahlgang. Die Stimmen werden ausgezählt. Ich bitte um Geduld, bis wir so weit sind. Wenn es dem einen oder anderen Kollegen etwas zu lang

dauert, dann bitte ich zu bedenken: Wir wollen die Wahl ordnungsgemäß durchführen, so wie das auch vorgesehen ist. Das heißt, wir alle müssen uns daran gewöhnen, dass wir in diesem Hohen Haus etwas mehr Zeit benötigen.

Ich darf aber schon einmal bekannt geben, das gilt für die Kolleginnen und Kollegen, aber auch für unsere Gäste, die heute hier sind. Bitte laufen Sie nach Schluss der Sitzung nicht gleich davon, denn es gibt im Anschluss an die Plenarsitzung noch eine Kleinigkeit zu essen und zu trinken. Das haben wir uns alle verdient. Es ist angerichtet. Es wäre schade, wenn das Essen nicht in Anspruch genommen würde. Also bleiben Sie noch etwas im Anschluss an die Sitzung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Vielleicht kann noch jemand beim Auszählen helfen, dann würde es schneller gehen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich das Wahlergebnis bekannt geben kann: Es wurden zur Wahl des Dritten Vizepräsidenten 186 Stimmzettel abgegeben. Auf Herrn Kollegen Peter Meyer entfielen 110 Stimmen. Mit Nein stimmten 46 Mitglieder. Der Stimme enthalten haben sich 22 Kolleginnen und Kollegen. Acht Stimmen waren ungültig.

Damit sind Sie, Herr Kollege Peter Meyer, zum Dritten Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Peter Meyer (FW): Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an.

Präsidentin Barbara Stamm: Herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit!

Wir kommen zur

Wahl der Vierten Vizepräsidentin

Vorschlagsberechtigt ist hierfür die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Frau Kollegin Bause, darf ich Ihnen das Wort erteilen?

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Im Namen meiner Fraktion schlage ich die Abgeordnete Christine Stahl vor. Frau Stahl gehört dem Landtag seit zehn Jahren an. Sie ist seit zehn Jahren auch Mitglied des Ausschusses für Ver-

fassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen. Ich glaube, dass sie aufgrund ihrer beruflichen Doppelqualifikation als Juristin und als Sozialpädagogin in besonderer Weise geeignet ist, den Herausforderungen dieses Amtes gerecht zu werden. Ich bitte Sie um Unterstützung für Frau Stahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Das ist rein zufällig der grüne Stimmzettel; ich bitte, ihn auszufüllen und abzugeben. Dafür stehen wieder fünf Minuten zur Verfügung.

(Stimmabgabe von 18.05 Uhr bis 18.10 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe den Wahlgang. Die Stimmen werden ausgezählt. Ich bitte um etwas Geduld. -

Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich das Wahlergebnis bekannt gebe, darf ich Ihnen für Ihre Terminplanung noch folgendes mitteilen: Die Fraktionen haben sich meines Wissens auf ein Sonderplenarium verständigt. Dieses wird am Donnerstag um 14.00 Uhr beginnen. Ich bitte Sie, sich diesen Termin vorzumerken.

Ich darf jetzt das Wahlergebnis bekannt geben. An der Wahl zur Vierten Vizepräsidentin haben 185 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen. Auf Frau Kollegin Stahl entfielen 103 Stimmen. Mit Nein stimmten 63 Kolleginnen und Kollegen. 14 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Fünf Stimmen waren ungültig. Frau Kollegin Stahl, damit sind Sie zur Vierten Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags gewählt.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Kollegin Stahl, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Christine Stahl (GRÜNE): Ja, gerne. Ich freue mich auf die neue Aufgabe.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen damit zur

Wahl des Fünften Vizepräsidenten

Vorschlagsberechtigt ist hierfür die FDP-Fraktion. Bitte, Herr Kollege Zeil.

Martin Zeil (FDP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Namens der FDP-Fraktion schlage ich Ihnen den Kollegen Jörg Rohde vor, der ebenso wie ich den Aufstieg vom Bundestag in den Landtag geschafft hat und damit über die nötige parlamentarische Erfahrung verfügt.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Rohde, würden Sie sich einmal ganz kurz den Kolleginnen und Kollegen zeigen? - Danke schön.

Ich bitte jetzt, die Stimmzettel auszufüllen. Das ist der gelbe Stimmzettel, der uns noch verblieben ist. Kolleginnen und Kollegen, bitte gehen Sie dann noch nicht weg. Das Präsidium ist noch nicht vollständig. Wir haben noch die Schriftführerinnen und Schriftführer zu wählen. Das wird per Akklamation geschehen. Trotzdem sollten wir dann noch alle hier sein.

(Stimmabgabe von 18.19 bis 18.23 Uhr)

Der Wahlgang ist geschlossen. Die Stimmen werden ausgezählt. Ich darf wieder um Verstärkung bei der Wahlauszählung bitten.

(Unterbrechung von 18.23 bis 18.29 Uhr)

Darf ich Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit ich das Ergebnis bekannt geben kann? -

(Fortgesetzte Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich bitte die Plätze einzunehmen.

(Fortgesetzte Unruhe - Erneut Glocke der Präsidentin)

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl bekannt geben: An der Wahl haben wiederum 185 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen. Auf Kollegen Rohde entfielen 131 Stimmen. Mit Nein stimmten 42 Mitglieder des Hohen Hauses, enthalten haben sich 10 Abgeordnete. 2 Stimmen waren ungültig. Damit ist Kollege Rohde zum Fünften Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags gewählt.

(Beifall)

Herr Kollege Rohde, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Fortgesetzte Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Jörg Rohde (FDP): Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Herzlichen Glückwunsch und auf gute Zusammenarbeit!

Wir kommen nun zur

Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer

Ich bitte, die Plätze einzunehmen; zu Gesprächen und Glückwünschen besteht nachher noch die Möglichkeit. - Nach § 7 der Geschäftsordnung besteht das Präsidium aus dem Präsidenten, den Ersten bis Fünften Vizepräsidenten bzw. Vizepräsidentinnen und aus sieben Schriftführerinnen bzw. Schriftführern, wobei der Dritte bis Fünfte Vizepräsident bzw. Vizepräsidentin jeweils gleichzeitig die Funktion eines der sieben Schriftführer bzw. Schriftführerinnen übernimmt. Die Zusammensetzung des Präsidiums insgesamt richtet sich nach der Stärke der Fraktionen auf der Grundlage des Verfahrens, wie es besprochen wurde. Das bedeutet, dass in der 16. Legislaturperiode dem Präsidium 10 Mitglieder angehören. Davon entfallen 5 auf die CSU-Fraktion, 2 auf die SPD-Fraktion und jeweils 1 Mitglied auf die Fraktionen der Freien Wähler, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP. Nach Anrechnung der Präsidentin und der Vizepräsidenten verbleiben noch 4 Schriftführersitze zu benennen. Insoweit hat die CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für 3 Schriftführersitze und die SPD-Fraktion für einen.

Die Geschäftsordnung schreibt nicht vor, dass die Schriftführerinnen und Schriftführer in geheimer Wahl und in jeweils getrennten Wahlgängen gewählt werden. Ich schlage daher dem Hohen Hause vor, die Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer entsprechend der bisherigen Übung in einfacher Form kumulativ durchzuführen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall.

Die CSU-Fraktion hat Frau Reserl Sem, Frau Sylvia Stierstorfer und Herrn Kollegen Walter Nadler als Schriftführer im Präsidium vorgeschlagen. Die SPD-Fraktion hat für den weiteren Schriftführersitz im Präsidium Frau Kollegin Christa Steiger benannt.

Wer der Wahl der soeben genannten Abgeordneten als Schriftführerin bzw. als Schriftführer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Danke. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das einstimmig so beschlossen. Damit ist die Wahl auch ordnungsge-

mäßig vollzogen. Ich darf die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen. Frau Kollegin Reserl Sem. -

Reserl Sem (CSU): Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

(Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank und herzlichen Glückwunsch. Frau Kollegin Stierstorfer. -

Sylvia Stierstorfer (CSU): Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

(Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin und auf gute Zusammenarbeit. Herr Kollege Nadler. -

Walter Nadler (CSU): Ich nehme die Wahl an und bedanke mich ebenfalls.

(Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank Herr Kollege und herzlichen Glückwunsch. Auf gute Zusammenarbeit. Frau Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD): Ich nehme die Wahl an und bedanke mich.

(Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin, herzlichen Glückwunsch und gute Zusammenarbeit.

Ich bedanke mich auch bei unseren jüngsten Landtagskollegen, den Herrn Kollegen Thalhammer und Herrn Hartmann für ihre Arbeit als vorläufige Schriftführer.

(Beifall)

Sie haben das beide so pflichtbewusst gemacht, dass Sie sogar mit abgestimmt haben. Vielen Dank nochmal.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen mir nicht vor. Die Sitzung ist geschlossen. Am Donnerstag um 14.00 Uhr sehen wir uns wieder. Ich bitte zum Empfang zu kommen, auch unsere Gäste. Selbstverständlich sind die Damen und Herren von der Landtagspresse herzlich eingeladen.

(Schluss: 18.36 Uhr)

Anwesenheitsliste für die Konstituierende Sitzung am 20. Oktober 2008

- | | | | |
|-----|---|------|---|
| 1. | Renate Ackermann | 60. | Dr. Leopold Herz |
| 2. | Hubert Aiwanger | 61. | Katja Hessel |
| 3. | Horst Arnold | 62. | Dr. Wolfgang Heubisch |
| 4. | Inge Aures | 63. | Johannes Hintersberger |
| 5. | Martin Bachhuber | 64. | Erwin Huber |
| 6. | Prof. Dr. Georg Barfuß | 65. | Dr. Marcel Huber |
| 7. | Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer | 66. | Dr. Otto Hünnerkopf |
| 8. | Prof. Dr. Winfried Bausback | 67. | Melanie Huml |
| 9. | Margarete Bause | 68. | Hermann Imhof |
| 10. | Dr. Günther Beckstein | 69. | Oliver Jörg |
| 11. | Dr. Otmar Bernhard | 70. | Christine Kamm |
| 12. | Dr. Otto Bertermann | 71. | Annette Karl |
| 13. | Dr. Thomas Beyer | 72. | Robert Kiesel |
| 14. | Annemarie Biechl | 73. | Dr. Franz Xaver Kirschner |
| 15. | Susann Biedefeld | 74. | Karsten Klein |
| 16. | Markus Blume | 75. | Konrad Kobler |
| 17. | Reinhold Bocklet | 76. | Alexander König |
| 18. | Klaus Dieter Breitschwert | 77. | Natascha Kohnen |
| 19. | Gudrun Brendel-Fischer | 78. | Bernd Kränzle |
| 20. | Helmut Brunner | 79. | Thomas Kreuzer |
| 21. | Dr. Annette Bulfon | 80. | Manfred Ländner |
| 22. | Sepp Daxenberger | 81. | Philipp Graf von und zu Lerchenfeld |
| 23. | Thomas Dechant | 82. | Andreas Lorenz |
| 24. | Petra Dettenhöfer | 83. | Prof. Ursula Männle |
| 25. | Sabine Dittmar | 84. | Dr. Christian Magerl |
| 26. | Renate Dodell | 85. | Franz Maget |
| 27. | Heinz Donhauser | 86. | Christa Matschl |
| 28. | Dr. Sepp Dürr | 87. | Christian Meißner |
| 29. | Gerhard Eck | 88. | Dr. Beate Merk |
| 30. | Kurt Eckstein | 89. | Brigitte Meyer |
| 31. | Georg Eisenreich | 90. | Peter Meyer |
| 32. | Dr. Hans Jürgen Fahn | 91. | Josef Miller |
| 33. | Günther Felbinger | 92. | Ulrike Müller |
| 34. | Dr. Andreas Fischer | 93. | Thomas Mütze |
| 35. | Dr. Linus Förster | 94. | Alexander Muthmann |
| 36. | Karl Freller | 95. | Christa Naaß |
| 37. | Albert Füracker | 96. | Walter Nadler |
| 38. | Prof. Dr. Peter Paul Gantzer | 97. | Martin Neumeyer |
| 39. | Thomas Gehring | 98. | Eduard Nöth |
| 40. | Thorsten Glauber | 99. | Maria Noichl |
| 41. | Gertraud Goderbauer | 100. | Reinhard Pachner |
| 42. | Erika Görlitz | 101. | Dr. Gabriele Pauli |
| 43. | Dr. Thomas Goppel | 102. | Reinhold Perlak |
| 44. | Ulrike Gote | 103. | Hans-Ulrich Pfaffmann |
| 45. | Eva Gottstein | 104. | Prof. Dr. Michael Piazolo |
| 46. | Martin Güll | 105. | Bernhard Pohl |
| 47. | Harald Güller | 106. | Mannfred Pointner |
| 48. | Petra Guttenberger | 107. | Karin Pranghofer |
| 49. | Thomas Hacker | 108. | Franz Josef Pschierer |
| 50. | Christine Haderthauer | 109. | Dr. Christoph Rabenstein |
| 51. | Volkmar Halbleib | 110. | Alexander Radwan |
| 52. | Eike Hallitzky | 111. | Markus Reichhart |
| 53. | Joachim Hanisch | 112. | Tobias Reiß |
| 54. | Ludwig Hartmann | 113. | Roland Richter |
| 55. | Ingrid Heckner | 114. | Dr. Franz Rieger |
| 56. | Jürgen W. Heike | 115. | Markus Rinderspacher |
| 57. | Hans Herold | 116. | Florian Ritter |
| 58. | Dr. Florian Herrmann | 117. | Jörg Rohde |
| 59. | Joachim Herrmann | 118. | Bernhard Roos |

- | | |
|--|---|
| 119. Eberhard Rotter | 155. Klaus Steiner |
| 120. Heinrich Rudrof | 156. Christa Stewens |
| 121. Berthold Rüth | 157. Sylvia Stierstorfer |
| 122. Barbara Rütting | 158. Klaus Stöttner |
| 123. Dr. Martin Runge | 159. Max Strehle |
| 124. Adelheid Rupp | 160. Florian Streibl |
| 125. Markus Sackmann | 161. Reinhold Strobl |
| 126. Julika Sandt | 162. Dr. Simone Strohmayr |
| 127. Alfred Sauter | 163. Walter Taubeneder |
| 128. Maria Scharfenberg | 164. Susanna Tausendfreund |
| 129. Franz Schindler | 165. Tobias Thalhammer |
| 130. Georg Schmid | 166. Simone Tolle |
| 131. Peter Schmid | 167. Joachim Unterländer |
| 132. Helga Schmitt-Bussinger | 168. Dr. Karl Vetter |
| 133. Harald Schneider | 169. Gerhard Wägemann |
| 134. Siegfried Schneider | 170. Ernst Weidenbusch |
| 135. Martin Schöffel | 171. Angelika Weikert |
| 136. Theresa Schopper | 172. Dr. Bernd Weiß |
| 137. Angelika Schorer | 173. Dr. Manfred Weiß |
| 138. Kerstin Schreyer-Stäblein | 174. Dr. Paul Wengert |
| 139. Stefan Schuster | 175. Hans Joachim Werner |
| 140. Tanja Schweiger | 176. Johanna Werner-Muggendorfer |
| 141. Jakob Schwimmer | 177. Jutta Widmann |
| 142. Bernhard Seidenath | 178. Margit Wild |
| 143. Reserl Sem | 179. Renate Will |
| 144. Bernd Sibler | 180. Georg Winter |
| 145. Ute Singer <i>genannt Claudia Jung</i> | 181. Peter Winter |
| 146. Eberhard Sinner | 182. Ludwig Wörner |
| 147. Dr. Markus Söder | 183. Isabell Zacharias |
| 148. Kathrin Sonnenholzner | 184. Martin Zeil |
| 149. Dr. Ludwig Spaenle | 185. Otto Zeitler |
| 150. Adi Sprinkart | 186. Josef Zellmeier |
| 151. Diana Stachowitz | 187. Dr. Thomas Zimmermann |
| 152. Christine Stahl | |
| 153. Barbara Stamm | |
| 154. Christa Steiger | |

Stand 20. Oktober 2008